



POSITION

Europäische Asylpolitik: Die griechischen Lager müssen evakuiert werden!

Derzeit harren immer noch circa 40.000 Schutzsuchende auf den griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros aus. Die Lager sind – bei einer Gesamtkapazität von 6.000 – völlig überfüllt. Unter den Schutzsuchenden befinden sich etwa 5.000 unbegleitete Minderjährige.

Um Druck auf die Europäische Union auszuüben, öffnete die Türkei Ende Februar ihre Grenzen, woraufhin mehrere Tausende Asylsuchende versuchten, nach Griechenland zu gelangen. Daraufhin setzte Griechenland im März das Asylrecht außer Kraft, wodurch die geflüchteten Menschen in einem rechtsfreien Raum lebten, und reagierte mit Gewalt auf die Schutzsuchenden an der Grenze. Es häufen sich Beweise, dass griechische Behörden illegale Push-Backs durchführen, wodurch eindeutig gegen europäisches Asylrecht verstoßen wird. Frontex selbst meldete im April die niedrigsten Zahlen von registrierten Asylsuchenden in Europa seit Arbeitsbeginn der Grenzschutzagentur in 2009. Das kann zum einen mit Corona und den Grenzsicherungen vieler Länder zu tun haben, aber auch mit der neuen Praxis griechischer Behörden, Asylsuchende an der Einreise zu hindern durch eine Aufrüstung der Küstenwache.¹

Anfang April einigten sich die Bundesregierung und sieben weitere europäische Staaten darauf, insgesamt 1.600 unbegleitete Minderjährige und andere besonders Schutzbedürftige aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Bisher hat Deutschland 47 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufgenommen und angekündigt weitere 243 behandlungsbedürftige Kinder und ihre Familienangehörigen nach Deutschland zu holen.²

Das Jugendwerk der AWO positioniert sich zu diesen Ereignissen eindeutig und sagt: Das ist nicht ausreichend!

Solidarität jetzt und überall – auch in der Krise!

Wir schließen uns dem AWO Bundesverband an, der bereits Anfang März die Einhaltung des Rechts auf Asyl durch die Europäische Union forderte, denn „humanitäre Werte enden nicht an den Grenzen Europas“. Das Jugendwerk der AWO sieht eine großflächige europäische Solidarität mit den Geflüchteten als die einzige Lösung an, durch die die humanitäre Krise in Griechenland beendet werden kann. Das Recht auf Asyl muss geschützt werden! Diese Forderung gilt auch und insbesondere in Krisenzeiten. Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt zu welchen drastischen Maßnahmen der Staat greifen kann, wenn Not für die Menschen besteht. Es besteht die Gefahr, dass sich dieses Virus in den Lagern ausbreitet und sich dadurch die prekären Verhältnisse dort weiter verschlechtern. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass es ohnehin schon kaum bis keine medizinische Versorgung in den Lagern gibt. So teilen sich in Moria 166 Personen eine Toilette – Klopapier ist in den Lagern wohl eines der geringeren Probleme!

Die Rechte müssen eingehalten werden!

Der Beschluss der Bundesregierung Anfang April über die Aufnahme von rund 400 geflüchteten Kindern und Jugendlichen bezieht sich nur auf Kinder unter 14 Jahren – davon sollen die meisten Mädchen sein – und auf schwerkranke Kinder. Nur die wenigsten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in Griechenland sind unter 14 Jahre und von diesen ist wiederum nur ein kleiner Bruchteil weiblich. Das ist ein unsolidarisches Vorgehen. Die UN-Kinderrechte gelten für alle Menschen unter 18 Jahren!

Hinzu kommt, dass die geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die Deutschland bisher aufgenommen hat, und viele weitere Asylsuchende in Griechenland, ein Anrecht auf eine Einreise nach Deutschland haben. Laut europäischem Asylrecht haben alle Asylsuchenden ein Anrecht in das Land einzureisen, in dem bereits Familienangehörige von ihnen sind (Dublin III). Die ordentliche und schnelle Umsetzung dieses Rechts wird aber seit längerer Zeit versucht, durch eine komplizierte Verwaltungspraxis zu umgehen.³

Die angebotene Unterstützung muss von der Bundesregierung wahrgenommen werden!

Bereits über 150 deutsche Kommunen und Städte bieten an, Menschen aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Hinzu kommt, dass die Zahl junger Geflüchteter, die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe betreut werden, in den letzten Monaten gesunken ist. Der Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Bumf) stellte in einer Umfrage unter seinen Mitgliedsorganisationen fest, dass für mindestens 2000 geflüchtete Kinder und Jugendliche unter Wahrung des Infektionsschutzes in Jugendwohngruppen Platz bestehen würde. Deutschland und alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen die Menschen

aus den griechischen Lagern aufnehmen und den unmenschlichen Bedingungen, welchen sie ausgesetzt sind, ein Ende bereiten!⁴

Doch die Bundesregierung stellt sich dem entgegen und trägt damit Mitschuld an den unmenschlichen Zuständen in Griechenland und dass diese weiter andauern! Wir verurteilen die menschenfeindliche Asylpolitik, die von Union und SPD getragen wird!

Wir sind enttäuscht, dass es die EU als Wertegemeinschaft bislang nicht vermocht hat, eine gesamteuropäische Lösung für die Migrationsthematik zu finden und sich viele Länder aus der Verantwortung ziehen, Schutzsuchende aufzunehmen und zu unterstützen!

Das Bundesjugendwerk der AWO befürwortet die angestrebte Überarbeitung der EU-Asylpolitik. Die neuen Gesetze müssen Menschenrechte achten und Humanität in den Mittelpunkt setzen. Deshalb fordert das Bundesjugendwerk der AWO von der Bundesregierung und den europäischen Institutionen:

1. Die EU muss in unmittelbarer Zukunft eine solidarische Lösung des Asylrechts erarbeiten!
2. Das Recht auf Asyl muss von allen Staaten geschützt und geachtet werden!
3. Die griechischen Lager müssen systematisch aufgelöst und die Schutzbedürftigen sicher und dezentral untergebracht werden! Deutschland muss dabei seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und die ausreichenden Kapazitäten in der Bundesrepublik müssen dafür genutzt werden. Insbesondere Kinder- und Jugendliche sollten aufgrund des besonderen Schutzes durch Artikel 22 der UN-Kinderrechtskonvention (zu der sich Deutschland verpflichtet hat) aufgenommen werden.
4. Städten und Gemeinden, die sich zum sicheren Hafen erklärt haben, muss es möglich sein, Schutzsuchende aufzunehmen! Diese Städte und Gemeinden müssen von Bund und Ländern in ihrer Initiative unterstützt werden!

Quellenangabe:

-
- ¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/griechenland-fluechtlinge-241.html>
<https://www.dw.com/de/neue-beweise-f%C3%BCr-illegale-abschiebungen-von-griechenland-in-die-t%C3%BCrkei/a-53523933-0>
<https://www.dw.com/de/griechische-grenzsch%C3%BCtzer-feuern-wieder-tr%C3%A4ngas-auf-migranten-aus-t%C3%BCrkei/a-52633796>
<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/situation-at-eu-external-borders-in-april-detections-lowest-since-2009-mJE5Uv>
<https://www.tagesschau.de/ausland/griechisch-tuerkische-grenze-101.html>
<https://b-umf.de/p/beschluss-zur-aufnahme-von-gefuechteten-minderjaehrigen-aus-griechenland-nur-eine-mogelpackung/>
- ² https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/20200308_Koalitionsausschuss.pdf
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/world/20200402STO76413/coronavirus-eu-abgeordnete-fordern-massnahmen-fur-griechische-fluechtlingslager>
<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/04/ankunft-kinder-grc.html>
<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/04/griechenland.html>
<https://www.tagesschau.de/inland/aufnahme-fluechtlinge-seehofer-101.html>
- ³ <https://b-umf.de/p/koalitionsstreit-um-aufnahme-aus-griechenland/>
<https://b-umf.de/p/beschluss-zur-aufnahme-von-gefuechteten-minderjaehrigen-aus-griechenland-nur-eine-mogelpackung/>
https://b-umf.de/src/wp-content/uploads/2019/10/2019_10_20_aufnahme-minderjaehriger-aus-griechenland_ki.pdf
- ⁴ <https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/>
<https://b-umf.de/p/wir-haben-mehr-platz-aufnahme-von-50-minderjaehrigen-voellig-unzureichend/>